

Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Pant-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welche Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen, hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in **RM**: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 **RM** in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 **RM**; amtlich 1 mm 30 **RM** und 24 **RM**; Reklame 25 **RM**. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanzeufiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Wetzbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhessdorf, Dreinig, Hanswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Wetzbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 82

Dienstag, den 9. April 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die der Stadt gehörige frühere Bursche'sche Scheune

am sogenannten Großmannsweeg soll im ganzen oder geteilt verpachtet werden. Pachtangebote sind umgehend, spätestens bis zum 13. d. M., beim Stadtrat — Bauamt — einzureichen.

Pulsnitz, am 8. April 1929

Der Stadtrat

Sonntag, den 21. und Montag, den 22. April 1929

Krammarkt in Pulsnitz.

Die Hiesigen haben sich vorher beim Marktmeister, Polizeikommissar Reiche, anzumelden

Pulsnitz, am 9. April 1929.

Der Stadtrat.

Mittwoch, den 10. April 1929, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz Restaurant zum „Bürgergarten“

Badeanzüge, Turnhosen, Trikothosen, Strümpfe, Kleider, Socken, Handschuhe, Jacken, Unterhosen, Kragen, Strickjacken, 14 Bündel Band, 273 kg 3er rotes Ia. Flachsgarn (2 mal hell gekocht) u. a. m. meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 9. April 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Der Kreuzer „Emden“ ist von Port Victoria (Seydellen) nach Sabang (Pulo Weh) in See gegangen, wo er am 15. April eintreffen wird. Wie die kommunistische „Neue Zeitung“ mitteilt, ist den in Selbst anfertigen tschechischen Kommunisten Kirschner, Fedra und Kott eröffnet worden, daß gegen sie das Ausweisungsverfahren anhängig gemacht werden wird.

Nach einem Bericht der „Münchener Zeitung“ soll nunmehr die auf der Strecke Berlin-Hamburg eingeführte Zugtelefonie auch auf anderen Strecken eingeführt werden. Es kommen in Frage die Eisenbahnstrecken München-Berlin, Berlin-Böln, Berlin-Frankfurt a. M. und Hamburg-Bremen-Böln.

Die Hiesigen an der amerikanischen Atlantikflotte hat nach New Yorker Meldungen bisher 5 Todesopfer gefordert. In einem Hotel in Kagoshima (Japan) brach am Sonntag ein Brand aus, wobei 6 Personen in den Flammen umkamen, 19 Personen erlitten mehr oder weniger schwere Brandwunden. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Millionentanz.

Das Spiel mit den Millionen in unserem Reichsetat hat, so scheint es, die Ertragsparnis der 180 Millionen gebracht. 180 Millionen erscheinen uns viel, und sie sind auch wirklich viel, aber bei einem Milliardenetat, wie wir ihn jährlich haben, könnte die Sparsumme gern höher sein. Immerhin sind 180 gesparte Millionen besser als gar keine. Erfreulich auch, daß man keine neuen Steuern ansetzt, sondern diese 180 Millionen durch Abstriche an den einzelnen Posten gewinnen will. Die Erhöhung der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer und der Biersteuer bleibt uns erspart. Derartige Erhöhungen hätten im übrigen viel böses Blut gegeben. Sicherlich sind uns durch den Verzicht auf diese Steuererhöhungen große innerpolitische Kämpfe erspart geblieben.

Wie sehen nun die Sparmaßnahmen aus, die man am grünen Tisch ausgearbeitet hat: Fast jedes Ministerium hat erheblich Federn lassen müssen. Für das Reichsarbeitsministerium sind die gestrichenen 45 Millionen eine ebenbürtige Bille wie die Streichung von 48,5 Millionen für das Verkehrsministerium und die 27,3 Millionen für das Reichswehrministerium. Die Einsparung bei der Reichswehr trägt weniger das Landheer als die Marine. Immerhin ist die zweite Rate für den Panzerkreuzer A nicht gestrichen worden. Sehr bedenklich erscheint die Streichung von 28 Millionen an Luftfahrtafeln. Das bedeutet so viel, daß man auf den weiteren Ausbau unserer Luftfahrtindustrie und des Luftfahrtnetzes zu verzichten scheint. Unsere deutschen Flugzeugwerke, wie Junkers, sollen anscheinend keine weiteren staatlichen Unterstüßungen mehr bekommen, zum mindesten werden ihnen aber wohl die Aufträge vom Reich erheblich gekürzt werden. Auch die neue Zeppelin-Halle, die man bauen wollte, werden wir uns vorläufig wohl in den Rauch schreiben müssen. Ganz schön und gut, wenn man 28 Millionen sparen kann, es fragt sich nur, ob es nicht eine Politik auf sehr kurze Sicht ist, wenn man unsere Luftfahrtindustrie und unseren Flugdienst, die nicht zuletzt nach den Kriegen einen großen Anteil an unserem Wiederaufstieg hatten, gefährdet. Damit wird der Vorprung, den wir vor anderen Mächten trotz der langjährigen Luftfahrtnöbelung gewonnen hatten, wieder aufgegeben und alles das, weil man in diesem Jahre mehrere Millionen einsparen muß. Wird es aber auch nicht zu spät sein, wenn man im nächsten oder vielleicht im übernächsten Jahre diesen Ausfall wieder gut machen will?

Es gibt sicher noch einige Posten im Reichsetat, deren Kürzung nicht so gefährlich und von so weittragender Bedeutung wäre, wie z. B. die Kürzung am Luftfahrtafeln. Wenn schließlich dem Reichsverkehrsministerium 18 Millionen für Kanalbauten gestrichen werden, so fragt sich auch

Wiederaufnahme der Koalitionsverhandlungen im Reich

Haushalt und Koalitionsverhandlungen

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand am Montag nachmittag eine Besprechung der Führer der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten über die innerpolitischen Folgerungen aus dem Abschluß der Staatsvereinbarung und des Steuerkompromisses statt. Von verschiedenen Fraktionsführern, vor allem von dem Volksparteiler Dr. Scholz in einer Rede in Königsberg, ist erklärt worden, daß die Bildung der Großen Koalition nun unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung des jetzt abgeschlossenen Kompromisses erfolgen könne.

Von den Zentrumsmännern sollen von Guérard das Reichsverkehrsministerium, Stegerwald und Erising das Reichsjustizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete erhalten, sofern das Zentrum die Bildung der Großen Koalition offiziell billigt. Der Großen Koalition werden Demokraten und Sozialdemokraten zustimmen, nur das Zentrum wird einige Schwierigkeiten haben, da ein Teil der Fraktion in der Opposition bleiben möchte und da

das Zentrum seine ursprüngliche Forderung nach dem Posten eines Vizekanzlers nicht durchgesetzt hat. Die Deutsche Volkspartei hat von ihren Ersparnisvorschlüssen etwa zwei Drittel erreicht. Sie soll nunmehr ohne gleichzeitige Bildung der Großen Koalition in Preußen sich an der Großen Koalition im Reich beteiligen. Für den Fall der Bildung der Großen Koalition wird eine Mehrheit des Haushaltsausschusses auch gegen sachliche Bedenken der Opposition die Verhandlungen über den Etat und die Steuern beschleunigt durchzuführen versuchen. Der Reichstag könnte dann etwa Ende Juni den Etat fertiggestellt haben. Die Regierung der Großen Koalition wird im übrigen die volle Verantwortung für den Ausgang der Pariser Tributkonferenz zu tragen haben.

Es läßt sich nicht verkennen, daß bei den beschlossenen Sparmaßnahmen die Sozialdemokratie einen Erfolg im Sinne ihrer parteipolitischen Forderungen gegenüber dem Etat erreicht hat, wofür die kommenden Koalitionsparteien die Verantwortungen tragen. Immerhin beginnt auf den Lande innerhalb der Sozialdemokratischen Partei sich eine Opposition zu rühren. Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag Mecklenburgs wandte sich das Mitglied des Sozialdemokratischen Hauptvorstandes, Wephal-Berlin, da gegen, daß Abstriche am Sozialetat gemacht würden. In übrigen polemisierte er scharf gegen die Deutsche Volkspartei.

Wir zahlten 1928:

Berlin. Das Büro des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die verfügbaren Gelder und vorgenommenen Transfers in fünfsten Annuitätsjahr bis zum 31. März 1929. Danach beliefen sich die deutschen Tributzahlungen im fünfsten Reparationsjahr bis zum 31. März 1929 auf rund 1,498 1/2 Milliarden Mark. An die Gläubigerstaaten wurden über wiesen rund 1,269 Milliarden Mark. Von dieser Summe entfielen auf Frankreich rund 643 Millionen RM., auf Großbritannien rund 285 Millionen RM., auf Italien rund 93 Millionen RM. und auf Belgien rund 65 Millionen RM.

Haushalt und Koalitionsverhandlungen

Berlin, 8. April. Die parteiamtliche nationalliberale Korrespondenz gibt nunmehr ebenfalls die Ziffern für die geplanten Ersparnisse bekannt, die im wesentlichen mit denen des sozialdemokratischen

Abend“ übereinstimmen. Lediglich bei drei Posten sind andere Zahlen als im sozialdemokratischen Organ angegeben: Beim Auswärtigen Amt, beim Reichsarbeitsministerium und beim Reichswehrministerium. Der Nationalliberalen Korrespondenz zufolge betragen die Abstriche beim Auswärtigen Amt 3,1 Mill., beim Reichsarbeitsministerium 36 1/2 250, 7 500 000 beim Heer und 19 881 350 bei der Reichsmarine. Diese Zahlen werden auch durch die „Germania“ bestätigt. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ betont, daß das Finanzprogramm nur durchgeführt werden könne, wenn alle Parteien sich fest daran bänden und auch weiterhin die Verpflichtung übernehmen, nicht durch einseitige Anträge finanzpolitische Folgerungen auszulösen. In Berliner politischen Kreisen hält man die Schwierigkeiten für die Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition jedoch noch nicht gelöst, da die Frage, ob die Parteien die Große Koalition „fest“ oder nur „fest auf Zeit“ (das hieße bis zur Beendigung der Reparationsverhandlungen) bilden wollen, erst noch durch die Fraktionsführungen vom Dienstag geklärt werden muß. Der gute Wille zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten scheint allseitig vorhanden zu sein. Gewisse Schwierigkeiten scheitert nur noch die Frage der Stellungnahme der Sozialdemokratie zu der Abstimmung über die zweite Rate für das Panzerkreuz A zu machen, eine Frage, über die der Reichskanzler am Montag Abend Besprechungen mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehabt haben dürfte.

Stresemann gründet keine neue Partei.

Königsberg. Im Verlaufe des ostpreussischen Parteitages der Deutschen Volkspartei nahm Reichsminister a. D. Dr. Scholz das Wort. Er kam dabei vor allem auf die Gerüchte zu sprechen, die den Parteiführer Dr. Stresemann mit Verfassungen neuer Parteigründungen in Zusammenhang bringen. Dr. Scholz erklärte, er könne mit Bestimmtheit versichern, daß an diesen Behauptungen nicht das geringste Satzfache sei. Dr. Stresemann habe in einem Briefe an ihn vor wenigen Tagen ausdrücklich festgestellt, daß ihm die Behauptungen zu lächerlich vorgekommen seien, als daß er es überhaupt für notwendig erachtete, sich dazu zu äußern.

Severing über das Schlichtungswesen.

Gelsenkirchen. Anlässlich einer Rundgebung der sozialdemokratischen Presse Westdeutschlands in Gelsenkirchen äußerte sich Reichsinnenminister Severing ausführlich über aktuelle Fragen der deutschen Politik. Auf den durch seinen Schiedsspruch beigelegten Konflikt in der Metallindustrie Nordwest eingehend, daß, wenn die Unternehmer nach Fällung seines Spruches erklärt hätten, ihn als Schiedsrichter zum zweitenmal nicht anerkennen zu können, er ausdrücklich erklären müsse, daß er ein solches Amt zum zweitenmal keineswegs annehmen würde. Der augenblicklich gegen das Schlichtungswesen geführte Kampf sei verfehlt. Für die Aufrechterhaltung der bestehenden Schlichtungsordnung setze er sich voll und ganz ein. Dem Unternehmensmerteum müsse endlich durch Kongregation aller Gewerkschaften ein festes Bollwerk entgegengesetzt werden.

Belgische Truppenschau in Aachen.

Aachen. Die belgischen Besatzungstruppen in Aachen hielten anlässlich des Namenstages des Königs eine etwa zwei Stunden dauernde Truppenschau auf einer der Hauptverkehrsstraßen von Aachen ab, für die zu diesem Zwecke der Wagenverkehr gesperrt und der Fußgängerverkehr nach Bedürfnis der Marschkolonnen geregelt war. Die Stärke der belgischen Besatzung im Regierungsbezirk Aachen besteht zur Zeit ohne die Familienangehörigen sowie Verwaltungs- und Wirtschaftsbeamten aus etwa 7270 Mann und mehreren hundert Mann Gendarmerie.